

Jaime Ensignia

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung nach der Diktatur

1. Historischer Überblick

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung wurde vor dem Militärputsch vom September 1973 als eine der repräsentativsten Gewerkschaftsbewegungen in der Region betrachtet. Ihr Organisationsgrad – in der historischen Einheitszentrale der Arbeiter Chiles *Central Única de Trabajadores* (CUT) – erreichte 31% der erwerbstätigen Bevölkerung. Ihre Rolle in der chilenischen Politik und innerhalb der einflussreichsten politischen Parteien des Landes vor dem Putsch (Kommunistische Partei Chiles, Sozialistische Partei und Christdemokratische Partei) hatte, ohne jeglichen Zweifel, eine große Bedeutung. Der große Einfluss der politischen Parteien der chilenischen Linken, insbesondere der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei, bestimmte das sozial-politische Profil der chilenischen Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit.

Die Gewerkschaftsbewegung war einer der gesellschaftlichen Sektoren, die am stärksten von der repressiven und neoliberalen Politik des Militärregimes von Pinochet betroffen war. Sie erfuhr eine gewaltsame Änderung ihrer politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Die neue Szenerie, in welche die Gewerkschaftsbewegung nunmehr gestellt war, stand ihr von Beginn an vollkommen feindlich gegenüber. Die tief greifenden Veränderungen in der Sozialstruktur und in der Wirtschaft bestimmten das Handeln der Gewerkschaften in den sechzehneinhalb Jahren des autoritären Regimes. Die gewaltsamen Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur des Landes in diesen Jahren schwächten die historische Gewerkschaftsbewegung, wie sie vor der Putschperiode bestand, substantiell. Die Reduzierung und Desaktivierung der nationalen Industrie und die Öffnung der chilenischen Wirtschaft für das Auslandskapital bildeten einige der Faktoren für die Ausschaltung, Ausgrenzung und Atomisierung großer und wichtiger Teile der nationalen Gewerkschaftsbewegung.

Die neue Arbeitsgesetzgebung aus dem Jahre 1979, die vom damaligen Arbeitsminister José Piñera verkündet wurde und unter dem Namen "Plan

Laboral” bekannt geworden ist, beschränkte auf legalem Wege die Rechte der Arbeitnehmer und die gewerkschaftliche Interessenvertretung, während gleichzeitig die Rechte der Arbeitgeber und der Unternehmerverbände erweitert und verstärkt wurden. Der Staat zog sich noch weiter aus seiner Vermittlerrolle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zurück und überließ die Konfliktlösung dem “freien” Spiel der Kräfte zwischen beiden Lagern, womit eindeutigweise die Gewerkschaftsbewegung benachteiligt wurde, deren Grundlagen und Organisation seit dem Militärputsch stetig geschwächt wurde. Allgemein ausgedrückt kann man sagen, dass die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung in der Periode der Diktatur durch folgende Aspekte gekennzeichnet war:

- Es war eine in ihren Strukturen geschwächte Bewegung, mit niedrigem Organisationsgrad (aufgrund der fehlenden Gewerkschaftsfreiheit, fehlender politischer Rechte und einer Arbeitsgesetzgebung, welche die Gewerkschaften in ihrer Entwicklung stark behinderte).
- Die Gewerkschaftsbewegung hatte konfrontativen Charakter und verfolgte das Ziel der Wiederherstellung demokratischer Strukturen.
- Sie war dadurch charakterisiert, dass sie charismatische und mobilisierende Gewerkschaftsführer besaß.

2. Die Entwicklung der Gewerkschaften im Rahmen einer unvollendeten Übergangsperiode

Der Sieg des Kandidaten des Parteienbündnisses für die Demokratie (*Concertación de Partidos por la Democracia*), des Christdemokraten Patricio Aylwin, in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Dezember 1989, bestätigte die Erwartungen der demokratischen Opposition bezüglich des Beginns eines Demokratisierungsprozesses der chilenischen Gesellschaft nach dem Erfolg der Volksabstimmung vom 5. Oktober 1988. Man muss hierbei unterstreichen, dass die *Concertación* trotz ihres Sieges bei den Präsidentschaftswahlen und der guten Wahlergebnisse in jüngster Zeit (besonders bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung), im Oberhaus (Senat) nicht die notwendige Mehrheit erreichen konnte, um die autoritäre Pinochetverfassung aus dem Jahre 1980 substantiell zu verändern. Ursachen des Nicht-Erreichens der erforderlichen Mehrheit sind die Existenz der designierten Senatoren – Erbschaft der Verfassung von 1980 – und das in Chile gültige binominale Wahlsystem. Beides stellt bis heute ein großes Hindernis für demokratische Reformen im Parlament dar.

In ihrem Verfassungsvorschlag vom April 1989 hatte die erneut gegründete und zum Militärregime bereits in Opposition stehende Gewerkschaftszentrale *Central Unitaria de Trabajadores* (CUT) auf die künftigen Schwierigkeiten hingewiesen, denen eine neue demokratische Regierung gegenüberstehen würde. Diese Gewerkschaftszentrale, die eine solide Mehrheit der organisierten Gewerkschaftsbewegung repräsentiert, war von Anfang an bereit, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um den Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Die chilenische Gewerkschaftsbewegung ging sogar soweit, ihre legitimen Forderungen und Rechte, die ihr unter der Militärregierung entrissen worden waren, für einen politisch günstigeren Moment zurückzustellen. Ein klares Beispiel hierfür war, keine totale Reform des „Plan Laboral“ aus dem Jahre 1979 zu fordern. Die CUT schlug ein Minimalprogramm vor, das in den folgenden Punkten zusammengefasst werden kann:

- Schutz der individuellen Arbeitsrechte;
- institutionelle Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation und Autonomie;
- Aufhebung der Normen bezüglich der Unvereinbarkeit von gewerkschaftlicher Aktivität und Mitgliedschaft in politischen Parteien;
- Recht auf Tarifverhandlungen ohne Beschränkungen (auf der Ebene der Wirtschaftszweige und untergeordneter Ebenen);
- Streikrecht als legitimes Mittel gewerkschaftlicher Druckausübung.

Zu Beginn der ersten Regierung der *Concertación* bestand die Gewerkschaftsbewegung nachdrücklich auf der Konkretisierung einer politischen Verständigung mit dem Staat und den Unternehmerverbänden, all das auf der Suche nach einer substantiellen Politik des sozialen Konsenses. Auf diese Weise gelang es der CUT als einziger Gewerkschaftsorganisation, offiziell als Verhandlungspartner der Unternehmerverbände und der Regierung anerkannt zu werden. In den ersten drei Jahren der Regierung der *Concertación* setzte sich dies erfolgreich im Abschluss von Rahmenverträgen mit dem Unternehmerdachverband, der Konföderation der Produktion und des Handels CPC (*Confederación de la Producción y del Comercio*), fort, und zwar mit dem Ziel der Erzielung einer Übereinkunft bezüglich der Mindestlöhne. Die Gesellschaft als Ganzes und besonders die Gewerkschaftsbewegung betrachteten es als die zentrale Aufgabe, den demokratischen Übergangsprozess und den Weg, der sich mit dem Wahlsieg von Patricio Aylwin

öffnete, nicht in Gefahr zu bringen. Die politische und soziale Verantwortung, welche die Gewerkschaftsbewegung in dieser wichtigen Periode an den Tag legte, ist unbestreitbar und stellte einen politischen Beitrag zur Regierbarkeit von unschätzbarem Wert dar. Die Sympathie, welche die gewerkschaftliche Politik und Aktion zu Beginn der neunziger Jahre von Seiten der Politik besaß, ist in der Gegenwart in eine starke Kritik umgeschlagen, die dahin tendiert, zu zeigen, dass die Gewerkschaften nur eine geringe Repräsentativität besitzen, Konflikte schüren und einem veralteten politisch-gewerkschaftlichen Diskurs anhängen. Gleichzeitig ist es wichtig zu erwähnen, dass die Erwartungen, die die Gewerkschaftsbewegung in den demokratischen Übergangsprozess gesetzt hatte, nicht erfüllt worden sind. Wenngleich einige der repressivsten Aspekte der Arbeitsgesetzgebung der Diktatur modifiziert wurden, konnte kein wirkliches Gleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hergestellt werden, d.h. erstere befinden sich nach wie vor in einer begünstigten Situation. So wurde z.B. ein Gesetzesentwurf zur Reform des Arbeitsrechts, der von der zweiten Regierung der *Concertación* im Jahre 1996 eingereicht wurde, abgelehnt und konnte aufgrund des Widerstandes der rechten und designierten Senatoren nicht einmal im Senat diskutiert werden.

3. Die gesellschaftspolitische Strategie der Gewerkschaftsbewegung

Ein weiterer von der Gewerkschaftsbewegung selbst als solcher akzeptierter Mangel besteht darin, dass sie keine angemessene Verarbeitung der historischen Besonderheit ihrer Rolle im demokratischen Übergangsprozess erreichen konnte. Es zeigte sich, dass eine Gewerkschaftsbewegung, die sich ausschließlich auf den Dialog stützt, Gefahr läuft, einflusslos zu werden, wenn sie keine dafür entwickelte Gegenstrategie besitzt; und dass andererseits eine Politik, die einzig und ausschließlich auf Druckausübung basiert, die gesellschaftliche und politische Isolation der Gewerkschaften mit sich bringt, so dass diese ihre Ziele überhaupt nicht mehr verwirklichen können. Die Gewerkschaftsführer der CUT haben auf nationaler Ebene in diesen Jahren Schwierigkeiten gehabt, ihre Organisation zwischen einer notwendigen Politik der Mobilisierung und dem unerlässlichen Dialog mit ihren 'natürlichen' Partnern zu lenken, und haben sich entsprechend bei einer Reihe von Gelegenheiten zwischen einer nicht notwendigen Anpassung aufgrund ihrer mehrheitlichen Affinität zu den Parteien der *Concertación* und relativ konfrontativen Positionen bewegt.

Die Regierungen der *Concertación* ihrerseits haben keine größere Kohärenz und nicht mehr politische Sensibilität in ihrer Beziehung mit der Zivilgesellschaft und den Gewerkschaften gezeigt. Von der Gewerkschaftsbewegung wurde Pflichterfüllung gefordert, als wenn es sich um eine “unnormale” politische Übergangssituation handeln würde und die Gewerkschaften deswegen keinen Druck zur Durchsetzung ihrer Forderungen ausüben dürften und jede gewerkschaftliche Aktion vermeiden müssten, um den demokratischen Prozess nicht zu gefährden. Anstatt ihren legitimen Forderungen entgegenzukommen, hat man den Gewerkschaften nichts weiter angeboten als eine abstrakte “Modernisierung” des Arbeitslebens. Die Kritik der Gewerkschaften am Übergangsprozess basierte auf einer Reihe von nicht eingelösten Forderungen, die sich in den letzten Jahren der Diktatur angehäuft hatten. Das Argument der Gewerkschaften war dabei, dass sie einen wertvollen Beitrag zur Rückeroberung und Stärkung des demokratischen Regimes geleistet haben, dass aber die bis dato erfüllten Forderungen in keiner Beziehung zum geleisteten Beitrag stünden.

Auf dem Gebiet der Mitbestimmung wurde die Gewerkschaftsbewegung zwar von der Regierung konsultiert, aber die konkreten Tatsachen zeigten, dass immer die Meinung der Regierungsbehörden überwog. Hinzu kam, dass die Regierung, bevor die Gewerkschaften zu Initiativen im Arbeitsbereich konsultiert wurden, ihren Vorschlag bereits erschöpfend ausgearbeitet hatte, so dass die Konsultationen in der Regel reine Formsache blieben.

Die Reformen der Arbeitsgesetzgebung behielten die Grundstruktur des “Plan Laboral” des Militärregimes bei. Entlassungen aufgrund betrieblicher Zwänge sind Teil antigewerkschaftlicher Praktiken. Es gibt keine wirksamen Maßnahmen, um die Gewerkschaftsfreiheit zu garantieren. An Tarifverhandlungen nehmen weniger als 13% aller Arbeitnehmer teil.

Die Mehrheit der Betriebe behielt althergebrachte Formen der Arbeitsbeziehungen bei, die durch unternehmerische Willkür, Missachtung der Arbeitnehmerrechte und die Unterdrückung der Gewerkschaften gekennzeichnet sind. In Wirtschaftszweigen mit starker Dynamik, z.B. in dem auf den Export ausgerichteten Agrarsektor und in der Forstwirtschaft, herrschen äußerst prekäre Arbeitsbedingungen vor.

Tabelle 1: Entwicklung der Tarifverhandlungen 1986-1995

	Lohnabhängig Beschäftigte	Einbezogene Arbeitnehmer	Begünstigte Arbeitnehmer	Deckungsquote (%)
1986	2.718	111.914	254.851	9,4
1987	2.799	161.130	273.044	9,8
1988	2.945	124.781	285.911	9,7
1989	3.020	221.109	345.890	11,5
1990	3.063	186.245	407.354	13,3
1991	3.135	257.773	444.018	14,2
1992	3.295	228.384	486.157	14,8
1993	3.472	258.445	486.829	14,0
1994	3.423	235.151	493.596	14,4
1995	3.483	214.046	449.197	12,9

Quelle: Arbeitsinspektion, *Temas Laborales*, Nr. 4, September 1996.

Die finanziellen und materiellen Mittel, über welche die Gewerkschaften verfügen, sind sehr begrenzt. Die Mehrheit der Konföderationen, Föderationen und Gewerkschaftsorganisationen auf nationaler Ebene haben keine eigenen Mittel, um ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten zu entwickeln. Die vom Militärregime konfiszierten Güter der Gewerkschaftsbewegung sind noch immer nicht zurückgegeben worden. Wenngleich der vom Staat finanzierte "Fonds für gewerkschaftliche Bildung" eine große Hilfe darstellte, konnten die damit verbunden Erwartungen nicht erfüllt werden.

Die Regierung begegnet den Anforderungen des Wirtschaftswachstums mit neoliberalen Praktiken. Flexibilisierungsbestimmungen lassen sich auf den Abbau arbeitsrechtlicher Schutznormen reduzieren, d.h. auf eine Deregulierung, ohne dass Mechanismen entwickelt werden, die eine Umschulung oder die Absicherung der Arbeitnehmer im Falle von Arbeitslosigkeit beinhalten.

Auch in den Staatsbetrieben und im öffentlichen Dienst sind die Arbeitsbeziehungen – bis auf wenige Ausnahmen – als autoritär zu charakterisieren und durch eine hierarchische Struktur gekennzeichnet. Die Modernisierung des Staatsapparates und besonders die Aus- und Weiterbildung der Beamten stellt sich, obwohl dies eine der Hauptaufgaben der demokratischen Regierungen darstellt, lediglich als eine Absichtserklärung heraus.

Der zwischen Gewerkschaften und Unternehmern erreichte Konsens zu Beginn der neunziger Jahre ist eine einzigartige Tatsache sowohl in Chile wie auf dem lateinamerikanischen Kontinent gewesen. Aber trotz der spe-

ziellen Bereitschaft seitens der chilenischen Gewerkschaften, den Spielraum für eine Sozialpartnerschaft zu erweitern, ist dies nicht über allgemeine Verlautbarungen und Absichtserklärungen hinausgegangen. Die Unternehmer zeigen keine größere Bereitschaft, in permanente Verhandlungen mit den Gewerkschaften einzutreten und sozialpolitische Verträge abzuschließen.

Die Gewerkschaftsführung verpflichtete sich zwar, Wege für qualitative Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen auf allen Ebenen mit dem Ziel zu suchen, die jüngste, durch soziale und ideologische Konfrontation gekennzeichnete Vergangenheit zu überwinden. Die Unternehmer ihrerseits zeigen jedoch keinerlei Interesse an der Schaffung permanenter Instanzen, die es ermöglichen würden, Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen herbeizuführen. Das hervorstechendste Beispiel hierfür war die totale Opposition seitens der Unternehmerschaft gegenüber dem Gesetzentwurf zur Reform des Arbeitsrechts, der von der Regierung eingereicht wurde, jedoch von der politischen Rechten im Senat im Dezember 1997 zurückgewiesen wurde.

4. Eine soziale Bewegung im Übergang

Die geschilderten Umstände führten dazu, dass die chilenischen Gewerkschaften sich gegenwärtig einer tiefen selbstkritischen Reflexion unterziehen und sich in einem Prozess der konstanten Suche nach einer neuen programmatischen Ausrichtung für die Zukunft befinden. In diesem Sinne sollen im Folgenden die Stärken und Schwächen der Gewerkschaftsbewegung in dieser neuen Etappe, die zu Beginn der neunziger Jahre eingeleitet wurde, analysiert werden.

Die Stärken der Gewerkschaftsbewegung in der Phase nach der Diktatur können u.a. in den folgenden Punkten gesehen werden:

- Es ist eine starke Tendenz zu beobachten, die Rolle der Demokratie und die strukturelle Modernisierung der Wirtschaft hoch zu schätzen. Es wird als Notwendigkeit angesehen, das makroökonomische Gleichgewicht zu respektieren; gleichzeitig wird jedoch gefordert, dass auch die “makrosozialen und mikrosozialen Gleichgewichte” Beachtung finden müssen.
- Es hat sich in Chile ein soziales Bewusstsein der Bürger herausgebildet, dass zwischen der Gewerkschaftsbewegung und ihrer Organisation, der *Central Unitaria de Trabajadores* (CUT), eine unlösbare Verbindung besteht.
- Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gewerkschaften im allgemeinen Sinne wurde gestärkt – trotz der politischen, ideologischen und religiö-

sen Unterschiede. Dies ist ein Besitzstand, dessen sich – nach Meinung von Spezialisten – die Gewerkschaftsführer der repräsentativsten Gewerkschaftszentrale des Landes, eben der CUT, sicher sind. Der *Central Autónoma de Trabajadores* (CAT), die im Jahre 1996 mit finanzieller Unterstützung der Lateinamerikanischen Konföderation der Arbeiter CLAT (*Confederación Latinoamericana de Trabajadores*) mit einer christlichen Orientierung gegründet wurde, ist es nicht gelungen, sich in eine gewerkschaftliche Alternative zur CUT zu entwickeln.

- Die Notwendigkeit der Sozialpartnerschaft (*concertación social*) wird anerkannt, welche die Suche nach Übereinkünften als alternativem Mechanismus zur Konfrontation favorisiert, ohne auf die manchmal notwendige soziale Mobilisierung zu verzichten.
- Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wird verstanden, dass die gewerkschaftliche Kampfkraft nicht einzig und allein davon abhängt, wie viele Menschen auf die Straße gebracht oder wie viele Betriebe stillgelegt werden können, sondern auch davon, ob die Gewerkschaftsbewegung gut begründete und gangbare Vorschläge für unterschiedliche Politikfelder zu entwickeln in der Lage ist.
- Trotz ihres niedrigen Organisationsgrades behält die Gewerkschaftsbewegung große nationale und internationale Legitimität. Diese Anerkennung ist mit den beträchtlichen Anstrengungen und Opfern seitens der Gewerkschaftsführungen sowohl während der Militärdiktatur als auch danach errungen worden.

Dem stehen allerdings auch einige Schwachpunkte der chilenischen Gewerkschaftsbewegung auf den verschiedenen Ebenen der Interessenvertretung gegenüber:

- Es ist eine gewisse “Müdigkeit” und depressive Stimmung in wichtigen Sektoren der Gewerkschaftsbewegung festzustellen, so dass man nicht weiß, wie mit der neuen gesellschaftlichen Situation umgegangen werden soll. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis tiefgreifender wirtschaftlicher, struktureller und ideologischer Veränderungen, die in den vergangenen Jahrzehnten in der Sozialstruktur Chiles vor sich gegangen sind.
- Ein Element, das gleichfalls dazu beiträgt, die Schwächen der Gewerkschaftsbewegung zu verstärken, ist nach Meinung der Gewerkschaftsführung die Klassifizierung der verschiedenen Gewerkschaften mit je eigenen Aufgabenbereichen und Zuständigkeiten. Nach der Arbeitsgesetzge-

bung, die noch aus der Diktatur herrührt, werden folgende Typen von Gewerkschaften unterschieden: a) Betriebsgewerkschaften, welche die Arbeiter eines Betriebes organisieren; b) zwischenbetriebliche Gewerkschaften, die Arbeitnehmer von mehreren Betrieben vertreten; c) Gewerkschaften von Selbständigen; und d) die Gewerkschaften der Gelegenheits- und Saisonarbeiter.

- Die Beziehung der politischen Parteien zur Gewerkschaftsbewegung hat sich zu einem Krisenfaktor entwickelt. Symptomatisch dafür war die heftige Intervention der Sozialistischen Partei, der Christdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei während der CUT-Wahlen im November 1998, die eine starke parteipolitische Einmischung in deren interne Konflikte darstellte. Die Lösung besteht diesbezüglich sicher nicht in einer Entpolitisierung der Gewerkschaften, vor allem, wenn man die politische Tradition der chilenischen Gewerkschaftsbewegung in Rechnung stellt, sondern darin, die künftigen Beziehungen zwischen den politischen Parteien einerseits und der Gewerkschaftsbewegung andererseits so zu gestalten, dass die Autonomie beider Seiten respektiert wird und sich diese Beziehungen durch gegenseitige Hilfe und Unterstützung auszeichnen.
- Es bilden sich Formen der Gewerkschaftsbürokratie mitsamt entsprechend inadäquaten Verhaltensweisen heraus. Das stellt unter den gegenwärtigen Bedingungen ein fast unlösbares Problem aufgrund des allgemeinen Niveaus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit dar, die als solche einfach unzureichend ist. Das Defizit in der politisch-kulturellen Erziehung einer großen Anzahl von Gewerkschaftsführern zusammen mit den organisatorischen Mängeln der Gewerkschaftsbewegung erschwert den Prozess einer ganzheitlichen Bildung und Erziehung der Gewerkschaftskader auf allen Ebenen. All dies verweist auf die Notwendigkeit, ein geeignetes nationales System gewerkschaftlicher Bildungsarbeit zu entwickeln, das die Gewerkschaftskader befähigt, den komplizierten Herausforderungen ihrer täglichen Arbeit gewachsen zu sein.
- Seit Beginn des Demokratisierungsprozesses hat sich die Zahl der Arbeitnehmer, die in Tarifverhandlungen einbezogen ist, nicht erhöht. Tarifverhandlungen bleiben so ein selektives Instrument für relativ wenige Arbeiter und Angestellte. Das ist ein ernstes Problem, wenn man in Rechnung stellt, dass sich auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad

seit 1991 nicht erhöht hat. Tabelle 2 zeigt die Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades für den Zeitraum 1986-1995.

Tabelle 2: Entwicklung der Zahl gewerkschaftlicher Organisationen und des gewerkschaftlichen Organisationsgrades im Zeitraum 1986-1995

Jahr	Zahl gewerkschaftlicher Organisationen	Gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer	Lohnabhängige	Organisationsgrad
1986	5.391	386.987	2.717.500	14,2%
1987	5.883	442.302	2.798.500	15,0%
1988	6.446	446.194	2.944.900	15,8%
1989	7.118	507.616	3.019.600	16,8%
1990	8.861	606.812	3.063.100	19,8%
1991	9.858	701.315	3.134.600	22,4%
1992	10.576	724.065	3.295.400	21,9%
1993	11.389	684.361	3.472.500	19,7%
1994	12.109	661.966	3.422.700	19,3%
1995	12.482	679.993	3.454.900	19,7%

Quelle: Arbeitsinspektion, Studienabteilung und Zentralinstitut für Statistik (1996).

5. “Dauerkrise” der CUT?

Es ist eine nicht zu verkennende Tatsache, dass die CUT einen Prozess relativer Schwächung ihrer gewerkschaftlichen Organisation und Kampfkraft sowie ihrer Fähigkeit, den heutigen Herausforderungen der Arbeitswelt gewachsen zu sein, erfahren hat. Die statistischen Daten zeigen, dass der Umfang der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren kleiner geworden ist. Die Zahl der in der CUT organisierten Arbeitnehmer beläuft sich gegenwärtig auf 467.350 Mitglieder. Das sind 12% aller in Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Angestellten, deren Ziffer sich auf insgesamt – die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eingeschlossen – 780.528 beläuft. Letztere bilden lediglich 17% aller Lohnabhängigen (3.713.080 Personen). Von der CUT werden dabei repräsentiert: so genannte *Asociaciones* (Konföderation der Arbeitnehmer des Gesundheitswesens, des öffentlichen Dienstes und die Konföderationen der Angestellten), die Konföderation der Angestellten von Städten und Gemeinden, die Lehrgewerkschaft, nationale Gewerkschaften sowie Föderationen und Konföderationen von Arbeitnehmern des Privatsektors.

Obgleich es sicherlich übertrieben wäre zu behaupten, dass die Gewerkschaftsbewegung als solche in ihrer Existenz bedroht sei, muss man doch feststellen, dass sie ernsthaften Schwierigkeiten unterschiedlichen Ursprungs gegenübersteht, welche die Herausbildung eines zukünftigen Profils als gewerkschaftliche Organisation erschweren. Wenn man die gegenwärtige Gewerkschaftswelt betrachtet und sie mit der Gewerkschaftsbewegung in früheren Zeiten vergleicht, muss man zugeben, dass die Gewerkschaften eine enorm komplizierte Situation durchleben, in der Antworten auf substantielle Transformationen in der Arbeitswelt gegeben werden müssen, um die Interessen der Arbeitnehmer vertreten zu können und sich in einen anerkannten, modernen und konstruktiven Verhandlungspartner in der Gesellschaft zu verwandeln. Auch wenn die aktuelle Situation der CUT und der chilenischen Gewerkschaftsbewegung als schwierig bezeichnet werden kann, bleibt die chilenische Gewerkschaftsbewegung im ganzen Lande verankert; und obwohl sie gegenwärtig nur eine geringe Anzahl von Arbeitnehmern erreicht, hat sie doch extrem schwere Zeiten überdauert und ihre Aktionsfähigkeit auch unter schwierigsten Umständen erwiesen.

6. Bilanz und Zukunft der chilenischen Gewerkschaftsbewegung

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung hat den Übergang von der Diktatur zur Demokratie realisiert, ohne in der Lage gewesen zu sein und die Möglichkeit gehabt zu haben, die historische Situation im nationalen und internationalen Rahmen, die am Ende der achtziger Jahre und zu Beginn der neunziger Jahre entstanden war, konzeptuell und programmatisch zur Gänze zu erfassen. Da die Demokratie sich immer noch nicht vollständig konsolidieren konnte, befindet sich die Gewerkschaftsbewegung nach wie vor in einer schwachen Position gegenüber den Unternehmern. Die Herausforderung, der die Gewerkschaften gegenüberstehen, ist eine Strategie zu entwickeln, die den neuen Realitäten seit dem Jahre 1990 entspricht und die darauf gerichtet ist, die demokratischen Verhältnisse zu festigen und Fortschritte auf dem Gebiet der Arbeits- und gesellschaftlichen Verhältnisse zu erreichen. Die Gewerkschaftsbewegung und insbesondere die CUT müssen ihre Fähigkeit entwickeln, gangbare Vorschläge für die weitere Entwicklung des Landes zu erarbeiten und die sich ihnen eröffnenden Freiräume zu nutzen.

Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen fordern Mitbestimmung in den Betrieben. Internationale Erfahrungen besagen, dass wettbewerbsfähige Betriebe ihren Erfolg unter anderem der kreativen Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an betrieblichen Belangen verdanken. In Chile herrschen

jedoch nach wie vor Management-Konzeptionen und Praktiken vertikalen und autoritären Zuschnitts vor, welche die sogenannte Modernität des nationalen Unternehmertums in Abrede stellen. Die CUT fordert eine aktive Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben, mittels der Gründung von Betriebskomitees, Komitees der Produktivität, der Präsenz der Gewerkschaften in den Betriebsleitungen und anderen Mechanismen.

Andererseits muss die Gewerkschaftsbewegung aktiven Einfluss auf die Diskussionen über die Freihandelsverträge und den Integrationsprozess im MERCOSUR gewinnen. Die Erfahrungen auf diesem Gebiet, die unter anderem in Kanada, Mexiko und in den USA gemacht wurden, zeigen, dass die genannten Prozesse ohne gewerkschaftliche Einflussnahme negative soziale und politische Folgen haben können. Der Einschluss von Sozialklauseln in diese Verträge ist eine unbedingte Forderung der Gewerkschaftsbewegung, die von der CUT repräsentiert wird.

Seitens der Gewerkschaftsbewegung ist es notwendig, eine klare und transparente, auf die politische und organisatorische Stärkung der CUT abzielende Politik zu entwickeln. Diese Politik schließt die gewerkschaftliche Gegenwehr und Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen ebenso ein wie die Stärkung des demokratischen Systems.

Literaturverzeichnis

- Angell, Alan (1972): *Politics and the Labour Movement in Chile*. London.
- (1991): "Unions and Workers in Chile during the 1980s". In: Drake, Paul W./Jaksic, Iván (Hrsg.): *The Struggle for Democracy in Chile, 1982-1990*. Lincoln, S. 188-210.
- Campero, Guillermo (1998): "Organización sindical y relaciones laborales". In: Toloza, Cristián/Lahera, Eugenio (Hrsg.): *Chile en los noventa*. Santiago de Chile, S. 405-426.
- Drake, Paul W. (1996): *Labor Movements and Dictatorships: The Southern Cone in Comparative Perspective*. Baltimore.
- (2003): "El movimiento obrero en Chile: De la Unidad Popular a la Concertación". In: *Revista Chilena de Ciencia Política*, Bd. 23, Nr. 2, S. 148-158.
- Ensignia L. Jering, Jaime (1987): *PARO: chilenische Gewerkschaften unter der Diktatur*. Berlin.
- Henríquez Riquelme, Helia (1999): "Las relaciones laborales en Chile: ¿un sistema colectivo o un amplio espacio para la dispersión?". In: Drake, Paul W./Jaksic, Iván (Hrsg.): *El modelo chileno: democracia y desarrollo en los noventa*. Santiago de Chile, S. 93-123.
- Imbusch, Peter (1997): "Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Chile: Die Erfahrungen mit der Pinochet-Diktatur". In: Dombois, Rainer/Imbusch, Peter/Lauth, Hans-Joachim/Thiery, Peter (Hrsg.): *Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika*. Frankfurt/Main, S. 225-253.

- Montero, Cecilia/Alburquerque, Mario/Ensignia, Jaime (Hrsg.) (1999): *Trabajo y empresa: entre dos siglos*. Caracas.
- Nolte, Detlef (1986): *Zwischen Rebellion und Integration. Gewerkschaften in der chilenischen Politik*. Saarbrücken.
- Rojas Hernández, Jorge (1986): *Die chilenische Gewerkschaftsbewegung 1973-1984*. Frankfurt am Main/New York.
- (1995): “Globalisierungsprozesse, die Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika”. In: Bultmann, Ingo et al. (Hrsg.): *Demokratie ohne soziale Bewegung*. Unkel am Rhein, S. 65-141.
- Schürmann, Francisca Albertina (1998): *Sindicalismo e democracia: os casos do Brasil e do Chile*. Brasília, D.F.
- Thiery, Peter (1987): “Der Wandel der Arbeitsbeziehungen im demokratischen Chile (1990-1996)”. In: Dombois, Rainer/Imbusch, Peter/Lauth, Hans-Joachim/Thiery, Peter (Hrsg.): *Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika*. Frankfurt/Main, S. 254-275.